

INTERPELLATION von Jürg Trachsel (SVP, Richterswil), Jürg Sulser (SVP, Otelfingen) und Beat Huber (SVP, Buchs)

betreffend Ausschaffungs-Initiative konsequent umsetzen

In der Sonntags-Presse wurde bekannt, dass drei Dominikaner im Jahre 2014 einen Mann auf brutalste Art und Weise niedergestochen und beraubt haben. Nur dank sofortiger Hilfe und viel Glück hat das Opfer überlebt. Es leidet aber heute noch Höllenqualen als Folge der Messerattacke. Trotzdem wurden die ausländischen Gewalttäter von unseren Gerichten vom Vorwurf des versuchten Mordes freigesprochen und sitzen nun lediglich Haftstrafen wegen Raubes und weiteren Delikten ab. Vor allem der Chef der Bande weist ein - gelinde gesagt - eindrückliches strafrechtliches Palmares auf (v. a. Delikte gegen Leib und Leben und schwerste Betäubungsmitteldelikte), hat keine Aufenthaltsbewilligung und wurde trotzdem noch nie ausgeschafft. Diesbezügliche Anfragen werden in unserem Kanton einmal mehr mit dem Hinweis «Datenschutz» nicht beantwortet.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Werden die drei Dominikaner nach Verbüßung ihrer Strafen ausgeschafft?
2. Warum wurde der Rädelsführer Felix G. der sich seit Jahren ohne Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz aufhält und immer wieder schwer delinquent hat, nicht schon früher ausgeschafft (damit hätte u.a. wohl der nun publik gewordene brutale Mordversuch vom 1. Juni 2014 verhindert werden können)?
3. Warum erhalten Personen vom Schlage Felix G. im Kanton Zürich Sozialhilfe und wohnen in Hotels?
4. Das zürcherische Migrationsamt hüllt sich gegenüber Fragen der Presse i.S. Ausschaffung von Felix G. und seinen Komplizen nach Verbüßung ihrer Strafen aus «datenschutzrechtlichen» Gründen in Schweigen. Falls dies zutrifft, welche Bestimmung des Datenschutzgesetzes findet vorliegend Anwendung?
5. Erachtet es der Zürcher Regierungsrat als wirklich verhältnismässig und im öffentlichen Interesse liegend, dass kantonale und somit mit öffentlichen Geldern finanzierte Ämter aus «datenschutzrechtlichen» Gründen Antworten auf Fragen von öffentlichem Interesse verweigern?
6. Ist der Regierungsrat bereit, Ausschaffungen nach neuem Recht ab 1. Oktober konsequent vorzunehmen und die Härtefallklausel im Sinne des Volksentscheides sehr restriktiv anzuwenden?

Jürg Trachsel
Jürg Sulser
Beat Huber

B. Amacker	H. Amrein	M. Arnold	E. Bachmann	H. Bär
A. Bender	E. Bollinger	D. Bonato	A. Borer	R. Burtscher
P. Dalcher	N. Fehr Düsel	B. Fischer	R. Frei	M. Haab
J. Hofer	B. Hoffmann	Ch. Hurter	R. Isler	R. Keller
W. Langhard	K. Langhart	S. Leuenberger	R. Liebi	Ch. Lucek
Ch. Mettler	T. Mischol	U. Moor	U. Pfister	E. Pflugshaupt
P. Preisig	H. H. Raths	M. Rinderknecht	R. Scheck	R. Schmid
S. Schmid	C. Schmid	A. Steinmann	R. Truninger	P. Uhlmann
E. Vontobel	D. Wäfler	U. Waser	T. Weber	O. Wyss
M. Zuber	H. Züllig			